

Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, Dezember 2012

62. Jahrgang, Nr. 722



Zum dritten Mal unternahmen die VOS-Bezirksgruppe Wurzzen und die Geschichtslehrerin sowie die 12. Klasse des Wurzener Gymnasiums eine Exkursion an eine authentische Gedenkstätte zu Ehren der Opfer des Kommunismus. Die Fahrt ging am 22. November nach Bautzen (Bericht Seite 9).

In Sachen Häftlingszwangsarbeit in der DDR ist vorerst keine Lösung in Sicht, eher hat es den Anschein, als würde die begonnene Debatte im Sande verlaufen und die Opfer ohne Entschädigung bleiben.

Unklar ist, wie viele Häftlinge zur Zwangsarbeit herangezogen worden sind, was produziert wurde und was dann davon in den West-Export gegangen ist. Bisher hat sich lediglich das global agierende Unternehmen IKEA mit Firmensitz in den Niederlanden zur Ausbeutung von DDR-Häftlingen bekannt. Doch auch dieses Unternehmen musste erst angestoßen werden, und es hat jene Studie, die kürzlich zum Thema angefertigt wurde, nicht veröffentlicht. Warum wohl nicht? Zudem stellt sich nun die Frage, ob auch ehemals krimi-

Thema Zwangsarbeit bleibt offen

Zeichnet sich eine Endlos-Debatte ab?

nell verurteilte Straftäter entschädigt werden sollen, denn auch diese sind – meist ebenfalls unter menschenunwürdigen Bedingungen – in der Haft zur Arbeit gezwungen worden. Haben also auch sie Anspruch auf Entschädigung?

Nun, die VOS vertritt die Interessen der ehemals politisch Inhaftierten. Der Bundesvorsitzende Hugo Diederich hat das unmissverständlich klargestellt. Politische Häftlinge hatten unter den kriminellen Mitgefangenen genug zu leiden, so dass es nicht unsere Sache ist, heute für sie Partei zu ergreifen. Fakt ist, es muss gehandelt werden. Nicht indem neue Studien, von denen die Opfer ohnehin nichts haben, in Auftrag gegeben werden, sondern mit konkreten, ergebnisorientierten Schritten. Wir erwarten das für 2013.

B. Thonn

Auf ein Wort des Bundesvorsitzenden

Weihnachten steht vor der Tür, das Jahr 2012 schließt seine Pforten. Gemeinsam haben wir auch in 2012 allerlei Schwierigkeiten gemeistert und den einen und anderen Fortschritt erreicht. Vor allem ist es gelungen, den Verband stabil zu halten und den Kontakt mit wichtigen Politikerinnen und Politikern im Land fortzusetzen, so dass wir in 2013 mit Beharrlichkeit und Nachdruck weiter für Verbesserungen der Leistungen für die Opfer des Kommunismus kämpfen können. Die VOS gehört uns allen, und deshalb sind und bleiben wir eine Gemeinschaft. Der geschäftsführende Bundesvorstand wünscht allen Kameradinnen und Kameraden frohe und besinnliche Weihnachtstage, Glück und Gesundheit im neuen Jahr. *Euer Hugo Diederich*

Das Jahr 2012, das nun zu Ende geht, war ein Jahr mit gerader Zahl, dementsprechend fanden in der ersten Hälfte traditionsgemäß Wahlen zum Bundevorstand statt. Dies geschah wie üblich im Rahmen der Generalversammlung. Wegen eines privaten Termins konnte ich diesmal nicht teilnehmen. Dennoch haben wir ausführlich genug in der Fg über die Ergebnisse berichtet, und so wie es die Leserinnen und Leser gewohnt sind, werden wir in absehbarer Zeit auch die neuen Vorstandsmitglieder per Kurzporträt vorstellen.

Das zurückliegende Jahr fing stürmisch an. Wieder mal war der Bundevorstand gesprengt worden, standen die Signale auf neue juristische Verfahren. Doch diese Gefahr konnte mittlerweile beiseite geräumt werden. Somit befindet sich unser Verband nun wieder in sichereren „Gewässern“ und ist finanziell stabil. Letzteres heißt nicht, dass der Vorstand keine Spendenaufrufe mehr nötig hätte. Hier ist nach wie vor jeder Euro willkommen, zumal wir auch versuchen wollen, weitere Verbesserungen für die Opfer zu erreichen.

Schwerpunkte sind bekanntlich die Umwandlung der „Besonderen Zuwendung“ in eine Ehrenpension mit den damit verbundenen inhaltlichen Zielen. Diese bestehen in der Erhöhung der finanziellen Leistungen und deren Gewährung für eine wesentlich breitere Opfergruppe.

Der andere Schwerpunkt befindet sich genau genommen noch in der Anfangsphase. Es geht um das Thema Zwangsarbeit in der Haft, das sich bis jetzt nicht so klar in Angriff nehmen lässt, wie seinerzeit der Kampf um die Opferrente. Das heißt, aus Sicht der ehemaligen Häftlinge gibt es keine Unklarheiten für eine eindeutige Beurteilung. Denn Zwangsarbeit hat es für alle ehemaligen Häftlinge aus unseren Reihen gegeben. Und die Tatsache, dass sich Häftlinge – egal aus welchen Gründen – geweigert haben, im Strafvollzug für den sozialistischen Staat zu arbeiten und wegen eben dieser Weigerung Arrest oder andere Nachteile in Kauf nehmen mussten, beweist

selbstredend, dass es sich bei der Arbeit in der Haft um eine gewalttätig herbeigeführte Tätigkeit handelte, die infolge von katastrophalem Arbeitsschutz zudem mit einem hohen Verletzungsrisiko und minimaler Vergütung verbunden war. Man kann es auch so ausdrücken: Im Strafvollzug der DDR

Auf ein Wort = zum Jahresende

wurden die politischen Häftlinge wie Vieh gehalten. Sie wurden schamlos ausgebeutet, ihre Gesundheit und Unversehrtheit galt nichts, zudem befanden sie sich stets in der unmittelbaren Nähe von kriminell inhaftierten Mitgefangenen, deren Willkür sie bedingungslos ausgesetzt waren. Es sollte daher keiner ewig währenden Debatte und keiner unnötigen Anhörungen vor den nun geplanten Kommissionen bedürfen. Es dürfte auch nicht erheblich sein, ob und in welchem Maße und auf welche Weise für den sogenannten NSW-Export produziert wurde. Es sollte gehandelt werden, bald nämlich.

Die VOS hat den Vorschlag gemacht, einen Fonds für alle Betroffenen zu bilden. Wer in diesen Fonds einzahlt, dürfte leicht zu klären sein. Wir als Verband sind weiterhin bereit, uns bei der Klärung von Sachfragen einzubringen und auch Informationen zusammenzutragen, die dem Nachweis geleisteter Zwangsarbeit dienen.

Das zweite uns alle bewegende Projekt ist der Kampf um eine wesentliche Erhöhung der „Besonderen Zuwendung“ und deren Umwandlung in eine Ehrenpension. Wir haben in den vorigen Ausgaben ausführlich über die immensen Anstrengungen der niedersächsischen Landesgruppe unter Führung von Harald Hemmerling berichtet. Die Messlatte liegt hier sehr hoch, und es wird allein schwierig werden, zunächst mit den wichtigen Politikerinnen und Politikern in einen gleichwertigen Dialog zu treten. Die bisher verzeichneten Bescheide verheißen da noch keiner-

lei Erfolgsaussichten. Dennoch gilt auch hier das Prinzip Geduld. Zudem wäre es nicht undenkbar, dass wir wieder zu Mitteln greifen, die auf andere als die rein schriftliche Weise auf unsere – weiter bestehende – Existenz und unsere Nöte aufmerksam machen. Ich erinnere hier an die Aktion, die seinerzeit durch Wolfgang Mayer und andere Kameraden begründet wurde. Es war der Dauerprotest vor dem Sitz des Deutschen Bundespräsidenten. Damals rückten wir Johannes Rau auf die Pelle. Nun wäre mit Joachim Gauck ein adäquater Ansprechpartner gegeben.

Dies ist ein Gedankenflug, bestenfalls eine Anregung, denn für solche Aktivitäten bedarf es der breiten Unterstützung des Verbandes, eventuell auch anderer Gruppen oder Initiativen.

Ungeachtet dessen bleibt die Tatsache, dass im nächsten Jahr richtungsweisende Wahlen stattfinden. Wir sollten Gespräche suchen. Mit den Unionsparteien, aber auch mit der SPD und Bündnis 90. Und die FDP? Ich habe sie nicht deshalb weggelassen, weil ich nicht an ihren Wiedereinzug in den Bundestag glaube (ganz im Gegenteil), sondern weil sie die Partei ist, die schon immer auf unserer Seite stand und sich für eine Opferpension ohne die derzeitigen Einschränkungen und auch in deutlich höheren Beträgen ausgesprochen hatte.

Unser Leitspruch kann eigentlich nur sein: Mut und Hoffnung vereinen und die eigenen Argumenten nicht entkräften lassen. Vor allem nicht vergessen: Bestrafen kann uns niemand mehr, wenn wir öffentlich zu unseren Forderungen stehen. Wer die schweren Jahre der Haft überstanden hat, egal in welcher Phase der Diktatur, den wird nichts mehr schrecken.

Ich grüße ganz besonders die besonders aktiven Kameradinnen und Kameraden in unseren Reihen und auch jene, die wegen ihres Alters den Staffelstab an die Jüngeren übergeben haben, aber in ihren Gedanken bei uns sind. Uns allen Gesundheit, Glück und Einigkeit – auch im kommenden Jahr.

Ihr und euer Alexander Richter

In dieser Ausgabe:

Titelseite

Warum immer nur reden?

Häftlingszwangsarbeit in den Zuchthäusern und Gefängnissen der DDR

Eine stabile VOS – auch in 2013

Grußwort des Bundesvorsitzenden zum Jahresende

Redaktionsthema:

Bestandsaufnahme: Zwangsarbeitsentschädigungen, Forderungen nach höherer Ehrenpension, zur Lage in der VOS

2

Wegen Arbeitsverweigerung in den Arrest

Zwangsarbeit in der Haft und ihre menschenverachtenden Begleitumstände

4

Wir waren tatsächlich im Widerstand

Bezeichnung Ehrenpension wäre für ehemalige politische Häftlinge gerechtfertigt

4

Was uns Briefmarken lehren

Als die DDR auf Moskauer Geheiß eine scheinheilige Wiedervereinigung propagierte

4

Für Betroffene und Interessierte offen

Bernburger VOS-Gruppe bereit für Beratung und Gespräche

5

Kampf um Gerechtigkeit

Seit Jahren auf verschiedene Weise aktiv

5

Die Zahl ist erschreckend

Mehr als 2.400 ehemalige Stasi-Leute im öffentlichen Dienst von MV?

5

Die Erinnerung schwindet zusehends

Ein Buch über Ostpreußen? Wohl kaum.

6

Werbung in eigener Sache

Bezirksgruppe der VOS Leipzig präsentiert attraktiven Flyer

6

Die Arbeit geht weiter, nun doch

VOS-Zeitzeugen-Akteure aus NRW kommen zum Herbsttreffen in die Uni Bochum

7

Bin empört über dieses Buch

Zuchthaus Brandenburg – hat es dort nur den einen politischen Häftling gegeben?

Zwei (gleiche) Meinungen

8

Bis jetzt nicht sehr verheißungsvoll

Projekt höhere Ehrenpension erhält weitere Antwort – leider keine Einladung

9

Gute Bilanz der Wurzener VOS

Gemeinsame Kranzniederlegung und Exkursion zur Gedenkstätte Bautzen

9

Unserem Kampf verdankt das heutige System seine Existenz

Weitere Gründe für Besserstellung

10

Bernburger „Nachrichten“

Aus der Feder von Heinz Streblov

10 - 11

Schluss mit dem Betondenken?

Die jährliche „Karl-und-Rosa-Demonstration“ verliert immer mehr Anhänger

11

Aktuelles Thema in der FG

Es gab kein Gramm Fett zusätzlich

Weihnachten 1948 im Gelben Elend unter menschenunwürdigen Bedingungen

12 - 13

„Spannend und für mich sehr wichtig“

Zweiter und letzter Teil über den Kongress im dänischen Odense

14

Der Realität ins Auge schauen

Was passiert, wenn Leute wie wir Pflege brauchen oder in ein Heim müssen?

15

Wenn einer was zu erzählen weiß

Werner Juretzkos Buch als eBook zu haben

15

Europa einzig Heimatland? / Anmerkungen

zur Vergabe des Friedensnobelpreises

16

Leserbriefe

4, 8

VOS-Infos, Aktivitäten

5, 6, 9

Zitate, Merksätze, Anstöße

5, 6, 12

Buchvorstellung,

6, 15

Impressum

16

Zahl der Spender am Jahresende ist nicht spektakulär

Ingrid Arena, Heidemarie und Klaus Mlodzianowski, Helmut Günther, Petra und Roland Wünsche, Roland Steinbach, Bringfried Schneider, Gerd Ahnert, Margarethe und Albin Lichy, Joachim Gartzke, Karl Schulze, Heinz Unruh, Reinhard Köhler, Werner Friedrich, Helmut Stelling, Maria und Kurt Schleppe, Eckhard Weiner, Gottfried Gläser, Manfred Grünert

Allen genannten Spendern einen herzlichen Dank und ein frohes Fest

Übrigens: Das alte Jahr mit einer Spende zu beenden oder das neue mit einer Spende zu begrüßen ist eine Geste, die einem selbst guttut und der VOS spürbar hilft.

Achtung: Dieser Fg liegt ein Überweisungsträger bei

Bitte beachten: Der Mitgliederbeitrag beträgt ab dem 01.01.2013 einheitlich 45,00 €.

Unser Glückwunsch geht an

Kameradin Ingrid Arena,

die am 4. Januar des neuen Jahres 80 Jahre wird.

VOS-Bundesvorstand, die VOS-Bezirksgruppe Reutlingen, die Landesgruppe Baden-Württemberg und der Fg-Redakteur übermitteln hiermit ganz herzliche Glückwünsche und danken für den großen Einsatz für unseren Verband, für das großartige kameradschaftliche Verhalten und für die Sache der ehemaligen politischen Häftlinge der SED-Diktatur.

Ingrid Arena hat fünf Jahre ihrer Jugend hinter Kerkermauern verbringen müssen. Sie hat bewusst miterleben müssen, wie aus der braunen Diktatur die rote wurde. Anfang der 1950er Jahre konnte sie ihren Unmut über die russische Besatzung nicht länger verbergen und äußerte Kritik.

Nachdem sie in die Bundesrepublik gegangen war, fiel der Neuanfang nicht leicht, aber das Glück, in Freiheit zu leben wog vieles auf, und mittlerweile wird Kameradin Ingrid von allen hochgeschätzt.

Wirrwarr um die Haftzwangsarbeit. Oder ist denn hier nicht alles klar?

IKEA ist bei Zwangsarbeiter-Betrieben bestenfalls die „Spitze des Eisberges“

☒ Seit der schwedische Möbelfabrikant IKEA das Thema Haftzwangsarbeit in die Medien brachte, tauchten auch die Namen von Quelle und Neckermann auf. Sicherlich ist dies nur die Spitze des Eisberges, da offensichtlich viel mehr Betriebe politische Häftlinge in der DDR beschäftigten. Vermisst habe ich allerdings bisher die Deutsche Reichsbahn, die sich schon im Dritten Reich mit dem Transport von Juden und politischen Gegnern des Naziregimes in die Konzentrationslager eine goldene Nase verdiente.

Im Gläsernen Sarg in Brandenburg (größtes Gefängnis in der DDR) betrieb die Deutsche Reichsbahn bis vermutlich zum Mauerfall eine Zweigstelle des Ausbesserungswerkes. Auch dort mussten politische Häftlinge – wie in vielen anderen Betrieben innerhalb der Strafvollzugseinrichtung Brandenburg – unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen im Schichtsystem bei Wind und Wetter arbeiten. Ich erinnere mich genau an einen Vorfall als es in Strömen regnete und die Arbeiten eingestellt werden musste. Da ich zu dieser Zeit wohl der einzige politische Häftling in der Schicht war, sollte ich die Gleise reinigen. Ich weigerte mich natürlich und wurde umgehend in den Arrest gebracht.

Eine schriftliche Antwort zur geleisteten Zwangsarbeit bekam ich von der Deutschen Bundesbahn nicht.

Vor einigen Jahren nahm ich mit der Deutschen Bundesbahn in Berlin Kontakt auf und forderte meinen Arbeitslohn für ein Jahr geleistete Schwerarbeit von 1981 bis 1982. Eine schriftliche Antwort bekam ich natürlich nicht. Daher nun meine Frage an die Kameraden: Wer hat bisher die ganzen Firmen aufgelistet, wo politischen Häftlinge arbeiten mussten? Immerhin bringen nun auch einige Opferverbände das Thema auf. Aber um unsere berechtigten Ansprüche vorzubringen, müssten wir dann den demokratischen Parteien nicht eine Liste mit den in Frage kommenden Firmen vorlegen?

Sicherlich wird es schwieriger werden, die Versandhäuser Quelle & Neckermann heute zur Rechenschaft zu ziehen, aber die Deutsche Reichsbahn ging nach der Wiedervereinigung in die Deutsche Bundesbahn über.

Im Übrigen halte ich wenig davon, dass wir unsere Forderungen der Bundesregierung immer nur scheinbar vorlegen.

Das hilft den älteren Kameraden von uns wenig, wenn diese eine Klärung nicht mehr erleben.

Übrigens, zumindest meine persönliche Haftzwangsarbeit lässt sich belegen, da ich in der Haftakte entsprechende Hinweise über meinen Arrest auf Grund von Arbeitsverweigerung fand. *Michael Teupel*

Wir befanden uns im Widerstand

Die Bezeichnung Opfer reicht für ehemalige politische Häftlinge des Sozialismus nicht aus

☒ Unsere Kameradin Bärbel Große benannte uns eigentlich zu Recht als Widerstandskämpfer (Beitrag Fg 720, Seite 6). Die Teilung Deutschlands hatten wir nie akzeptiert. Wir strebten nach keinen verklärend blauäugigen „Kurswechsel“ in dieser DDR an. Wir befanden uns im Widerstand, und zwar als Staatsfeinde der DDR. Einige von uns hatten sogar ihr Leben riskiert.

Ich empfinde es daher als zynisch, uns lediglich als blind brave Opferlämmer hinstellen zu wollen. Die Bezeichnung E H R E müsste sich daher durchaus in der Namensfindung für die Besondere Zuwendung wiederfinden. Die Bezeichnung EHRENSOLD stellt für uns ehemalige politische Häftlinge der DDR die bestmögliche Klassifizierung dar. *Wolfgang Schmidt*

Eine Erinnerung der besonderen Art

hat uns Kamerad Christian G. Ebert zukommen lassen:



Der hier abgebildete Briefumschlag wurde 1959 im September abgestempelt. Neben dem Stempel und der Briefmarke mit der Aufschrift „Ravensbrück mahnt“ trägt er einen interessanten aufgedruckten Wortlaut: Der Kampf um die nationale Wiedervereinigung ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Es wird siegen, wenn es einig handelt.

Wie man seit fast 23 Jahren weiß, hat sich die als einstmalige ideologische Parole ausgegebene Forderung inzwischen erfüllt, Deutschland einig Vaterland. Die Vorzeichen und der Weg sahen freilich anders aus, als es der sowjetisch programmierte SED-Staat vorsah. Die Methode Stalin, die sich einst dahinter verbarg, hatte vorgesehen, dass ein gesamtes politisch neutrales Deutschland entstehen sollte, das sich ohne jeden inneren und äußeren militärischen Schutz den Moskauer Blutsaugern bedingungslos auslieferte.

Für ein geeintes Deutschland in Freiheit und Demokratie setzten sich – siehe oben stehenden Leserbrief – nur wenige ein. Denn das bedeutete Gefahr für Leib und Leben. *B. Thonn*

Die Opfer sollen nicht vergessen werden

Bernburger VOS-Gruppe bietet Öffnungszeiten an

Mehrere Mitglieder aus den Bezirksgruppen der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) fuhren mit dem Bus am 17.11.2012 nach Magdeburg zu einer gemeinsamen Gedenkveranstaltung und zur Kranzniederlegung in die ehemalige Untersuchungs-Haftanstalt Magdeburg, Am Moritzplatz, heute Gedenkstätte.

Dort wurden von einzelnen Teilnehmern Kränze niedergelegt und in einer Schweigeminute der vielen Opfer gedacht. In der Gedenkstätte konnten wir in einer neu eröffneten Ausstellung die Leidenswege von Frauen und Männern – dargestellt in Bild und Ton – erleben. Erschütternde Schicksale, in der Ausstellung und von Zeitzeugen berichtet, machten uns sehr betroffen und ließen die Unmenschlichkeit in den Haftanstalten des ehemaligen DDR-Regimes sehr deutlich werden.

Am Nachmittag wurde in einem Podiumsgespräch über die Arbeit des vergangenen Jahres berichtet. Vom VOS-Landesvorsitzenden Johannes Rink und weiteren Gesprächspartnern wurde nach Möglichkeiten für eine echte Ehrenrente der Betroffenen in einer konstruktiven Diskussion gesucht.

Zu allen Themen befindet sich das entsprechende Material in der Begegnungsstätte der VOS- Bezirksgruppe Bernburg, Winzergasse 6 (ehemalige Grundschule Waldau).

Für alle betroffenen und interessierten Bürger sind wir offen und stehen zur Beratung, zur Auskunft und mit einer umfangreichen Bibliothek (Bücher und DVD's) zur Verfügung.

Jeden Freitag ab 15:00 Uhr sind Sie bei uns herzlich willkommen.

Antje Hahne – VOS Bernburg

Andreas Kaiser meint:

Die Klänge einiger früherer DDR-Musikbands sind – gewollt oder nicht – Zeugenschaften einstmals revolutionär konformen Bekenntnisses. Sie stören den heutigen Absatz an Platten nicht.

Zahlreiche Aktivitäten, aber keine Reaktion

(Berechtigte) Nachfrage eines aktiven VOS-Kameraden!

Der Feststellung im Bericht „Auf ein Wort des Redakteurs“ in der Freiheitsglocke Nr. 721, in dem gefordert wird, wir sollten die Fg doch gründlicher lesen und dass Vorstand und Redakteur von uns VOS-Mitgliedern mehr Aufmerksamkeit und Mitarbeit erwarten, muss ich widersprechen. Ich habe den Bundesvorstand über Jahre über meinen Kampf um Gerechtigkeit für unsere Sache (Haftschädenanerkennung, Opfergerechtigkeit, Haftzwangsarbeit, Bedürftigkeitsklausel, politische Anerkennung unserer Ehefrauen) unterrichtet und mit umfangreichem Aktenmaterial beliefert. Auch mein Buch „Politische Verfolgung – Häftlingsfreikauf im kalten Krieg, Demokratie und Menschenwürde“, erschienen 2012 unter der ISBN: 978-3-86937-267-9 im Verlagshaus Schlosser habe ich vorgelegt. Das Buch ist bis heute in der Fg (leider) nicht erwähnt worden. Warum, wo doch die Fg oft genug (gute) Literaturseiten hat.

Herbert Schneider, Duisburg

Ann. d. Red.: *Leider ist es nicht möglich, wegen der Vielzahl der an den Redakteur eingesandten Bücher diese zeitnah und ausführlich zu rezensieren bzw. über alle Aktivitäten zu berichten.*

Zu den besonders erwähnenswerten Aktivitäten Herbert Schneiders zählen ein Schreiben an die Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger, in der er über seine Verfolgung, die Haft, insbesondere die Verstrahlung durch Röntgengeräte, und die Schwierigkeiten bei der Ausreise seiner Ehefrau berichtet. Zudem hat er das Thema Zwangsarbeit in der sozialistischen Haft und Schwierigkeiten bei der Rehabilitierung in der Bundesrepublik aufgegriffen.

Herbert Schneider befürwortet zudem die Verlängerung der Möglichkeit der Einsichtnahme in die MfS-Akten für die Bürgerinnen und Bürger und den Erhalt der mittlerweile von Roland Jahn geleiteten Behörde.

Hugo Diederich

Gesetzgeber prüfte nicht auf Stasi-Belastung

Eine erschreckende Zahl von „Ehemaligen“ übernommen

Lothar Tiedtke von Koß kämpft gegen seine anhaltende Benachteiligung und gegen öffentliches Unrecht. Lesen Sie nachstehend seinen Brief an die Landtagsabgeordneten in Mecklenburg-Vorpommern

Ein schwerbehinderter Arbeitnehmer wird ein Jahr abgeordnet an die Fachhochschule Stralsund. Nach einem Jahr der Einarbeitung ist die Versetzung für das Jahr 2000 vereinbart. Zur Versetzung kommt es nie.

Warum nicht?

Im Jahr 2003 wird bekannt, dass über 2.400 ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit der DDR in den öffentlichen Dienst von Mecklenburg-Vorpommern übernommen wurden.

Gleichzeitig mit der Versetzung vom Landesinstitut für Schule und Ausbildung habe ich auch meine erste Rehabilitierung für erfahrenes DDR Unrecht beantragt.

Ich habe mehrmals persönlich und schriftlich ab 2000 bei den für mich zuständigen Institutionen des BM um meine Versetzung gebeten. Eine Einverständniserklärung ist in meiner Personalakte vorhanden.

Ich wurde als schwerbehinderter Arbeitnehmer absichtlich bis zur Gründung des BBL abgeordnet, um mich dann gezielt zum BBL Mecklenburg-Vorpommern, zu Frau Hamm, zu versetzen.

Meine Versetzungen wurden mehrfach aus politischen Gründen manipuliert. Es schloss sich ein jahrelanger Arbeitsprozess an, mit dem Ziel meiner Entlassung.

Der Gesetzgeber hat es versäumt, eine grundlegende und zwingende Überprüfung der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst von Mecklenburg-Vorpommern zu verabschieden und umzusetzen.

Lothar Tiedtke von Koß

Das Zitat:

Wenn Ihr Eure Augen nicht braucht um zu sehen, werdet Ihr Sie brauchen um zu weinen.

Jean Paul Sartre

Das ist kein wirkliches Buch über Ostpreußen

Ein „Werk“ aus dem Nachlass der Schriftstellerin Christa Wolf

Die Schülerin Christa Ihlenfeld war fast 16 Jahre alt, als sie mit Eltern und Bruder aus ihrer Heimatstadt Landsberg an der Warthe in der Neumark über die Oder nach Mecklenburg floh. Unter dem Titel „Blickwechsel“ schrieb sie 1970, als sie schon die bekannte Schriftstellerin Christa Wolf war, über diesen Tag: „Es war jener kalte Januar morgen, als ich in aller Hast auf einem Lastwagen meine Stadt in Rich-

tion
Küstrin
verließ
und als

Der Fg-Seiten-Blick

ich mich sehr wundern musste, wie grau diese Stadt war, in der ich immer alles Licht und alle Farben gefunden hatte, die ich brauchte. Da sagte jemand in mir langsam und deutlich: Das siehst du niemals wieder.“ Sechs Jahre später, 1976, hat Christa Wolf ihre Erfahrung des Heimatverlusts im Roman „Kindheitsmuster“ verarbeitet, der von der Literaturkritik ihres Landes heftig kritisiert wurde, weil sie auch das Thema „Vergewaltigung deutscher Frauen durch Rotarmisten“ berührt hatte.

Christa Wolf starb am 1. Dezember 2011. Ein halbes Jahr zuvor hatte sie, als Geschenk für ihren Ehemann Gerhard Wolf zum 60. Hochzeitstag, die Erzählung „August“ abgeschlossen, worin ein Erzählstrang des Romans von 1976 fortgeführt wurde. August ist ein achtjähriger Flüchtlingsjunge aus einem ostpreußischen Dorf, der seinen Nachnamen nicht kennt, dessen Vater vermisst ist und dessen Mutter bei einem Angriff feindlicher Flieger in Hinterpommern auf den Flüchtlingszug getötet wurde. Er kommt als Waisenkind nach Mecklenburg, wo er in einer Lungenheilstätte, die „Mottenburg“ genannt wird, unterkommt. Das Schloss, dessen Bewohner geflohen sind und in dem das Notkrankenhaus untergebracht ist, liegt in der Nähe des Ostseebades Boltenhagen.

Das alles wird aus der Rückerinnerung eines 65jährigen Busfahrers erzählt, das ist der heutige Beruf des einstigen Flüchtlingskindes, der 2002 mit einer Ladung fröhlicher

DDR-Rentner von Prag über Dresden nach Ostberlin unterwegs ist. In Dresden wird die restaurierte Frauenkirche besichtigt. Was die Reiseleiterin im Bus an Geschichtswissen zu vermitteln hätte, interessiert keinen: Die Leute der Rentnertruppe wollen einander nur zeigen, was sie in Prag billig eingekauft haben!

In Berlin angekommen, stellt August den Bus ins Depot und fährt mit seinem alten „Volkswagen“ nach Berlin-Marzahn in

die „Platte“, wo er seit Jahrzehnten wohnt. Er ist kinderlos, seine Frau Trude ist zwei Jahre zuvor gestorben, er ist einsam, dennoch wird über ihn gesagt, dass er „Glück“ empfindet, wenn er es denn ausdrücken könnte. Das ostpreußische Kolorit in diesem offensichtlich rasch und unüberlegt niedergeschriebenen Text bleibt weitgehend ausgespart: August ist kein „Heimwehtourist“, wie viele andere aus seiner Generation. Seine ein Jahr ältere Frau Trude, die aus dem Spreewald stammte und in der Kaufhalle arbeitete, machte ihm einmal Königsberger Klopse, das ist alles. Nur am Anfang des Erinnerungsstroms, der August auf der Rückfahrt nach Berlin begleitet, wird öfter Ostpreußen erwähnt, aber die Erinnerung schwindet zusehends. Im Frühjahr 1946 wird August in ein Waisenhaus gebracht, sein weiterer Lebensweg bis 2002 wird nur vage angedeutet. Das ist sehr wenig für ein ostpreußisches Schicksal und für eine bedeutende Schriftstellerin, die sich dessen angenommen hat.

Christa Wolf „August“, Erzählung, 45 Seiten, 2012 *Jörg B. Bilke*

Gedankensplitter

Kommunismus oder Sozialismus? Warum bezeichnen wir uns immer als „Verfolgte des Kommunismus“? War es nicht der „real existierende sozialistische“ Staat, der uns aus politischen Gründen eingekerkert hat? Sind wir also nicht vielmehr „Verfolgte des Sozialismus“ gewesen? *T. H.*



VOS-Bezirksgruppe Leipzig wirbt mit attraktivem sechsseitigen Flyer. Hier ein Auszug (oben und unten).

WIR bilden eine Gemeinschaft ehemaliger Kameradinnen und Haftkameraden.

WIR öffnen uns für alle, die unsere Ziele unterstützen.

WIR nehmen jederzeit Interessierte und Gleichgesinnte in unseren Verband auf.

WIR sind ein Verband, der noch wachsen will.

WIR kämpfen für Demokratie und Freiheit.

WIR gehen in Foren, in Podien und in die Medien.

WIR erklären die Geschichte und unsere Geschichten.

WIR sind Zeitzeugen vieler unmenschlicher Schicksale.

WIR schreiben Bücher für die Öffentlichkeit und sind überall präsent.

Sieben Fragen an den Bundesvorsitzenden Hugo Diederich von den Bezirksgruppen Rhein-Ruhr und Bonn

Bundesvorsitzender der VOS diskutiert mit Mitgliedern der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen Fragen, die den gesamten Verband bewegen

Die diesjährige Generalversammlung in Friedrichroda war wie fast jede bisherige Generalversammlung von lebhaften, teils sehr persönlich gefärbten Diskussionen geprägt. Heraus kam dabei ein guter neuer Bundesvorstand, dem unsere volle Unterstützung für die gewählte Zeit gilt. Nicht zuletzt haben sich die Bezirksgruppen Rhein-Ruhr und Bonn durch eine Vielzahl satzungsändernder Anträge aktiv an dieser GV beteiligt. Doch nicht alle Fragen, Unklarheiten über das Verbandsleben und die Zukunft unserer Organisation konnten auf der Generalversammlung beantwortet werden, teilweise sind auch neue Fragen entstanden. Deshalb haben die Bezirksgruppen Rhein-Ruhr und Bonn auf Vorschlag des Landesvorsitzenden Detlef von Dechend unseren neuen Bundesvorsitzenden Hugo Diederich zu einer Mitgliederversammlung nach Düsseldorf eingeladen, um ihn dort persönlich "zu löchern", frei nach dem Motto "wo uns der Schuh drückt".

Um Hugo nicht ins offene Messer laufen zu lassen, haben wir vorher in einer Arbeitsgruppe Themen gesammelt, gesichtet, aufbereitet und ihm als "7 Fragen"



zur Vorbereitung zukommen lassen. Die Versammlung fand am 10. November 2012 unter reger Teilnahme der VOS-Mitglieder statt. Die Palette der Fragen ging von

- Was hat der Bundesvorstand seit der Generalversammlung (von den eingebrachten Forderungen angepackt)?

- braucht er bzw. will er Unterstützung seitens der Landesverbände, Bezirksgruppen?

- der Themenkomplex Austritt bzw. möglicher Wiedereintritt in die UOKG

- die aktuelle Prozesssituation in der VOS

- die Arbeit der VOS im Fernsehbeirat des ZDF

- der Ausschluss der Mitglieder Gustav Rust, Carl-Wolfgang Holzapfel und Klaus Hoffmann –

also durchaus knifflige Themen.

Dementsprechend war auch die Diskussion der anwesenden Mitglieder lebhaft und kontrovers.

- z. B. die Mitgliedschaft in der UOKG - ein Wiedereintritt der VOS in die UOKG wurde schon auf der Generalversammlung abgelehnt und auch eine aktuelle Abstimmung unter den anwesenden Mitgliedern ergab

eine deutliche Mehrheit gegen einen Wiedereintritt in die UOKG.

- z. B. die Prozesssituation in der VOS - hier fand die Auskunft von Hugo Diederich "wir haben aktuell keine Prozesse laufen" rundum zufriedene Gesichter, gepaart mit dem wohlgemeinten Hinweis, diese Situation durch verantwortungsbewusstes Handeln auch zukünftig zu erhalten.

- z. B. die Arbeit von VOS-Mitgliedern im Fernsehrat von ZDF, NDR, MDR - hier lassen sich konkrete Ergebnisse kaum darstellen, aber es können dabei gute Kontakte für unsere Sache geknüpft werden - sogenannte Lobbyarbeit.

- z. B. die von vielen Mitgliedern gewünschten Ausschlüsse von C.W. Holzapfel, Kl. Hofmann - sind wegen möglicher neuer Prozesse, die nicht gewünscht sind (siehe vorher) problematisch bis nicht machbar. Die neue Satzung gibt da auch keine eindeutige Aussage.

- z. B. die Einbeziehung der Landesverbände, der Bezirksgruppen in strategische und langfristige Arbeit des

Bundesvorstandes - mit anderen Worten, die Verteilung der notwendigen Arbeit auf mehrere Schultern, dabei auch gleichzeitig das vorhandene Wissen und Können aller Mitglieder nutzend - hier gibt es nach wie vor großen Nachholbedarf. Unklar bleiben die Beweggründe:

Kompetenzgerangel, fehlendes Vertrauen, fehlende Zeit, Egoismus?

Dadurch wird z. B. gerade eine so wichtige Initiative wie die der Landesgruppe Niedersachsen mit Kamerad Hemmerling (FG Nr. 717/ 718) zur Ehrenrente in ihrer Wirkung deutlich geschmälert. Gerade so ein wichtiges Thema verlangt nach einer einheitlichen und abgestimmten Handlungsweise unter den maßgeblichen Gremien unseres Opferverbandes.

Die ca. 2 ½ Stunden gingen rasch vorbei und alle Mitglieder dankten Hugo Diederich für seine Bereitschaft, offen Rede und Antwort zu stehen und auch die vorgebrachte Kritik anzuhören. Dies war ein Stück gelebte Demokratie und Transparenz in unserer Vereinigung und fand bei allen Mitgliedern Anerkennung. Gerade auf Grund der aus der Vergangenheit bekannten Querelen innerhalb unserer Vereinigung sind solche Veranstaltungen auch als quasi "vertrauensbildende Maßnahmen" zu verstehen. Vertrauen, Offenheit, Ehrlichkeit, Kompetenz - all dies sind Eigenschaften, die unsere Mitglieder untereinander praktizieren sollten und die sie ebenfalls von ihrem Bundesvorstand erwarten!

Düsseldorf im Dezember 2012

Detlef von Dechend, VOS-Landesvorsitzender NRW

Wie kann ein politischer Gefangener diese Behauptung aufstellen?

In dem Buch „Freigekauft“ wird – so unser VOS-Mitglied Lienhard Huster – durch einen Mitverfasser behauptet, in der StVE Brandenburg seien während der 1960er Jahre keine weiteren politischen Häftlinge gewesen. Dagegen protestiert Lienhard Huster nachstehend

Liebe Kameradinnen und Kameraden!

☒ Als Mitbetroffener der Freikaufaktion von politischen Gefangenen aus DDR-Zuchthäusern im Jahre 1964 habe ich mir das in diesem Jahr vom Piper Verlag München verlegte und von Kai Diekmann herausgegebene Buch „Freigekauft – Der DDR-Menschenhandel“ gekauft und gelesen. Ich traute meinen Augen nicht, als ich das Zitat von Harry Seide las, der von 1962 bis 1966 im Zuchthaus Brandenburg einsaß, bevor er vorzeitig nach vier Jahren Haft in die Bundesrepublik entlassen wurde. Zitat: „Ich war der einzige politische Gefangene. Da waren nur Mörder und Gewaltverbrecher.“

Wie kann ein politischer Gefangener, eigentlich ein Leidensgenosse, eine solche unwahre Behauptung gegen besseres Wissen aufstellen?! Hut ab vor seinem Einsatz als Fluchthelfer.

Aber mit seiner Aussage, der einzige politische Gefangene im Zuchthaus Brandenburg gewesen zu sein, liegt der Verdacht nahe, an krankhafter Egomanie zu leiden. Ich selbst war, wie viele andere politische Häftlinge auch, dort inhaftiert. Offizielle Zahlen über Deliktgruppen im Zuchthaus Brandenburg siehe weiter unten.

Nach fast neun Jahren Haft wurde ich Mitte September 1964 von dort zusammen mit mehreren anderen Kameraden nach Berlin-Lichtenberg verbracht und am 21. August im Rahmen der Freikaufaktion in die Bundesrepublik entlassen.

Ich verwahre mich aufs Schärfste, von Seidel pauschal als Mörder oder Gewaltverbrecher bezeichnet zu werden. Ich bitte auch alle ehemaligen Brandenburger Kameraden, die ja von Seidel durch dieses Zitat ebenso als Mörder oder Gewaltverbrecher beleidigt werden, vom Piper Verlag München zu verlangen, diese unwahre und für uns beleidigende Aussage Seidels aus dem Buch unverzüglich zu entfernen. Ich verstehe auch nicht, wie es möglich ist, dass ein Herausgeber ungeprüft ein solches Zitat in diese Publikation kommentarlos übernimmt.

Lienhard Huster

Gefangenzahlen und Deliktgruppen der StVA Brandenburg, veröffentlicht in der Schriftreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätte Band 15: „Die Strafvollzugsanstalt Brandenburg“:

- 337 wegen Staatsverbrechen (darunter 6 SMT- und 1 Waldheim-Verurteilter
- 209 wegen Straftaten gegen die Staatsorganen und die allgemeine Sicherheit (darunter 122 wegen Vergehens gegen das Passgesetz)
- 133 wegen Verbrechen gegen das sozialistische Eigentum
- 8 wg. Verbrechen gegen die Volkswirtschaft
- 25 wegen Verkehrsdelikten
- 1003 wegen sonstiger Kriminalität
- 6 wegen Straftaten gegen die militärische Disziplin und Einsatzbereitschaft

Angst und innere Vereinsamung

Alexander Richter vertritt eine andere Meinung über den Knast Brandenburg

Eines steht fest: Im Zuchthaus Brandenburg war zu Zeiten des sozialistischen Strafvollzugs der DDR nicht nur ein politischer Häftling. Dies sagt einer, der dort in der Zeit von 1983 bis 1985 inhaftiert war: ich. Und alle anderen, die ich kenne und die dort eingesperrt haben, sagen dasselbe. Dass es zu anderen Wahrnehmungen gekommen ist, mag zunächst daran liegen, dass dieses Zuchthaus ein riesiger Moloch war. Es war schwer, sich dort mit Schicksalsgefährten, also anderen politischen Häftlingen, zusammenzuschließen. Allein die Zahl der Gefangenen – die in der nebenstehenden Statistik aufgeführten Häftlinge ergeben lediglich 1.721 Gefangene, es müssten jedoch fast doppelt soviel gewesen sein – machte den Moloch unübersichtlich. Es gab diverse „Kommandos“ mit jeweils mehreren hundert Häftlingen, dazu die medizinische Abteilung, in der auch Ärzte

arbeiteten, die wegen versuchter Republikflucht, also aus politischen Gründen, verurteilt waren. In unregelmäßigen Abständen kamen politische Häftlinge aus

anderen Anstalten, speziell aus Cottbus. Es lässt sich zwar nicht beweisen, aber ich bin sicher, dass man einigen politischen Häftlingen besonders hart zusetzen wollte und sie daher absichtlich als einzige „ihrer Art“ in Zellen mit besonders üblen, wegen Kriminaldelikten, verurteilten Gefangenen legte und sie quasi zu Schikanen und Drangsalierungen freigab. Ich selbst war nur kurze Zeit mit anderen politischen Häftlingen auf einer Zelle. Ansonsten war ich ständig von Mördern, Kinderschändern und Einbrechern umgeben. Man konnte kaum jemandem trauen.

Das führte automatisch zur Abgrenzung und Abkapselung, auch zur inneren Vereinsamung. Ohnehin musste man sich im Zuchthaus Brandenburg ständig gegen irgendwen und irgendwas wehren. Man hatte Angst, man war total erschöpft und man war oft ohne Hoffnung. Lediglich in der Produktionshalle konnte man mit anderen politischen Häftlingen Kontakt aufnehmen, was aber durch das gnadenlos angewandte Drei-Schicht-System erschwert wurde.

Das Zuchthaus Brandenburg war die mit Abstand gefürchtetste Strafanstalt der DDR. Wer hier landete, war auf der untersten sozialen Stufe angekommen. Er fand eine Welt von Underdogs und Psychopathen vor. Die Mehrzahl der Häftlinge war zu zweistelligen Jahreszahlen verurteilt. LL, Lebenslänglich, war keine Seltenheit. Die Ansprüche waren auf die einfachsten Lebensbedürfnisse geschrumpft. Ich habe das in dem Buch „Zuchthaus Brandenburg“ zu beschreiben versucht. Aber selbst die 570 Seiten sind keine komplette Vorstellung, sie umfassen nur die ersten vier Wochen.

Aus diesen Gründen kann ich (mir) erklären, dass sich dort jemand als einziger politischer Häftling gefühlt hat. Verstehen kann ich die Aussage nicht. Inzwischen ist genug Zeit vergangen, um sich sachkundig zu machen und festzustellen, dass es viele gewesen sind, die aus politischen Gründen dort inhaftiert waren.

Buchtipps: Alexander Richter: Zuchthaus Brandenburg – Roman, 570 S., 17,90 €, ISBN 3-932805-41-0 -0

Streitfall?

Brandenburg

SED-Opferpensionen wurden bereits „erheblich verbessert“

Die CDU-Fraktion im Bundestag beantwortet Anfrage – leider (wieder) keine Einladung

Antwort ja, Einladung nein, Pflicht getan, Fall abgeschlossen. So könnte man die Reaktion der CDU-Fraktion im Deutschen Bundestag auf die Anfrage der Gruppe um Harald Hemmerling in Sachen höhere Opferpension zusammenfassen. Auf die unterbreiteten Vorschläge, die vor allem in bedeutend höheren Monatszahlungen der gegenwärtigen „Besonderen Zuwendung“ bestehen, wurde nicht eingegangen. Ebenso wenig gab es detaillierte Auskünfte über die angestrebten Erleichterungen bei der Gewährung der Zuwendung. Somit wird sich der Kreis der berechtigten Empfänger nicht entscheidend erweitern lassen. Auch über die Umwandlung der Zuwendung in eine Ehrenrente wurde kein Wort verloren.

Die Antwort wurde im nachstehend aufgeführten Achtzeiler zusammengefasst, dessen Grundaussage lautet, dass für die SED-Opfer alles geregelt ist und der Sachstand der Opferrente ständig überprüft wird.

Hier der Wortlaut:

Die Koalition hat im Koalitionsvertrag angekündigt, das System der Rehabilitierung und Entschädigung für Opfer des SED-Unrechtsregimes laufend zu überprüfen und offenbaren Regelungsbedarf mit dem Ziel, die rehabilitierungsrechtliche Situation von Betroffenen zu verbessern, Rechnung zu tragen.

Diese Vereinbarung aus dem Koalitionsvertrag haben wir bereits im Oktober 2010 mit Verbesserungen am Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz und weiterer Rehabilitierungsvorschriften umgesetzt und damit die SED-Opferpensionen erheblich verbessert. Die Union steht zuverlässig und glaubwürdig zu den SED-Opfern.

Wie nun weiter? Die Landtagswahlen in Niedersachsen stehen vor der Tür. Wäre es sinnvoll, wenn der VOS-Bundesvorstand und die Landesgruppe um einen Termin auf möglichst hoher Ebene ersuchen würden? Wenn dies wirklich geplant sein sollte, wäre es höchste Zeit. Der Termin ist bereits am 20. Januar. Üblicherweise tritt der Wahlkampf in den letzten Wochen in die heiße Phase ein. Man kann, wenn man geschickt ist, Politiker bei einer Veranstaltung ansprechen und vielleicht Einiges erreichen. Meistens jedoch sind kaum noch Termine frei.

Ausstellung die Mauer in Saerbeck

Nun schon zum zweiten Mal

FG/AR/Saerbeck Ab 10. Januar nächsten Jahres ist die dokumentarische Ausstellung „Die Mauer. Eine Grenze durch Deutschland“ im Foyer des Saerbecker Rathauses zu besichtigen. Schon einmal wurde die Ausstellung an derselben Stätte im April dieses Jahres gezeigt und feierlich eröffnet. Wegen des großen Interesses wird sie auf Initiative von Fg-Redakteur Alexander Richter und des VOS-Landesvorsitzenden Detlef von Dechend (NRW) ein weiteres Mal präsentiert. Neben der Eröffnungsveranstaltung sind noch am 17. Januar 2013 ein Zeitzeugengespräch und voraussichtlich eine Schulveranstaltung vorgesehen. Zu besichtigen sind die Exponate vom 10. 01 – 7. 02. und 28. 02. – 22. 03. Infos auch unter: <http://www.first-minute-buecher.de>.

Gemeinsames Gedenken von Politikern und Opfern

Jährliche Kranzniederlegung im Schloss

Traditionell legten Vertreter der Wurzener Bezirksgruppe der Opfer des Stalinismus und der Vorsitzende der Kreistag-Wurzen-Stiftung Dr. Jürgen Schmidt (Foto) am Volkstrauertag, zum Gedenken der großen Zahl der nach 1945 unschuldig im Schloss Wurzen Inhaftierten und Verschleppten Jugendlichen und Männern aus der Stadt Wurzen und den umliegenden Dörfern, eine Kranz nieder.



In den Gefängniszellen im Schloss Wurzen waren in den Jahren nach Kriegsende Hunderte gefangen, verhört, schikaniert und anschließend nach Bautzen, Mühlberg, Buchenwald, Tost in Oberschlesien, Jamlitz und andere Straflager verschleppt worden.

Die Kameraden der Bezirksgruppe halten die Erinnerung an diese Formen von Diktatur und Unterdrückung, an deren Folgen unzählige Gefangene gestorben sind, wach und mahnen mit ihrem Wirken, dass solche Formen stalinistischer und kommunistischer Willkür und Menschenverachtung nie wieder geschehen.

Starkes VOS-Team mit Lehrerin und Schulklassen nach Bautzen

Anschaulicher Geschichtsunterricht findet bei Schülern großen Zuspruch

Nachdem die VOS-Bezirksgruppe Wurzen in den beiden letzten Jahren schon mit Schülergruppen der höheren Fahrten nach Waldheim und Berlin-Hohenschönhausen in die dortigen ehemaligen Haftanstalten unternommen hatte, fand in diesem Jahr eine weitere Tour statt, die mit dem Bus nach Bautzen zur dortigen Gedenkstätte führte.

Wesentlichen Verdienst an der Initiierung der Fahrt hatte wieder die Wurzener Geschichtslehrerin Martina Schmerler, die sich mit großem Nachdruck für die Vermittlung des Geschichtsstoffes einsetzt und die es für keineswegs selbstverständlich erachtet, dass die Schülerinnen und Schüler der jüngeren Generationen über ein ausreichendes Wissen in Sachen DDR-Diktatur verfügen.

Durch die Begleitung der Schulklassen durch die Kameraden Horst Radigk und Hartmut Brix erlangten die Jugendlichen der 12. Klassen wiederum einen anschaulicheren Zugang zu den Zusammenhängen und Ereignissen der damaligen Zeit. Und da es auch einen Zwischenstopp beim Fastfood-Anbieter McDonalds gab, kamen bei den jungen Leuten auch die aktuellen Freizeitinteressen nicht zu kurz.

Derartige Initiativen wünscht man sich als einstiger politischer Häftling und Zeitzeuge auf breiter Ebene, und zwar in allen Teilen der untergegangenen DDR.

Tom Haltern

Ohne unseren Widerstand hätten wir das heutige System nicht!

Kurz gesagt: Tätern von einst geht es gut, denn deren Opfer haben für sie die Demokratie erkämpft

Aufgrund der Zustimmung zu den Argumenten für ein Besserstellung der Haftopfer von Kommunismus und Sozialismus, die Wolfgang Stiehl in der vorausgegangenen Fg-Ausgabe vorgetragen hat, haben sich die Magdeburger Kameradinnen und Kameraden weiter mit dem Thema befasst und sind zu weiteren, nachstehend aufgeführten Aussagen gekommen, die die realisierbaren Forderungen unseres Verbandes weiter untermauern und die wir mit den Politikern diskutieren sollten:

- Zwei höchst unterschiedliche Diktaturen haben die Menschen im vergangenen Jahrhundert erleben müssen. Das sehr unterschiedliche Kriminalgewicht der Diktaturen bedingt aber kein unterschiedliches Leiden des einzelnen individuellen Verfolgten. Demzufolge ist eine sehr krass unterschiedliche Opferentschädigung - in Deutschlands einzelnen Ländern - wie sie zur Zeit noch besteht, auch keinesfalls angemessen im Sinne des Artikels 17 des Einigungsvertrages
- Auch die Politiker in den Landtagen und im Bundestag orientieren sich bei der Festlegung ihrer Diäten an Vergleichen des sozialen Status, um angemessen die Bezüge zu erhöhen (in den Landtagen meist an der Besoldung der Richter). Ebenso erhält jeder Mandatsträger die ihm zugestanden Diäten völlig unabhängig von zulässigen Nebenverdiensten oder sonstigem Einkommen oder Kapitalbesitz.
- Die Bestrafung der Verbrechen ausgeübt habenden Diktaturstützen ist für beide Systeme, aus deutscher Rechtsprechung, wegen fehlender gesetzlicher Vorgaben, gründlich misslungen. Wobei wir berücksichtigen, dass für die Ausarbeitung eines „besseren Ei-



nigungsvertrages“ das historische Zeitfenster zur Herbeiführung der Einheit viel zu klein war. Es musste also zwangsläufig ein fehlerbehafteter Vertrag entstehen. Was völlig fehlt, ist eine erforderliche Höherstellung von Verbrechen gegen die Menschenrechte gegenüber den nationalen Gesetzen.

- Rechte und linke Extremisten konnten nach beiden Diktaturen ihre Pfründe weitestgehend sichern und sonnen sich, insbesondere nach der zeitlich viel längeren kommunistischen Gewaltherrschaft, in einem wesentlich höheren sozialen Status, als ihre meist auf der untersten Sprosse der sozialen Leiter stehenden Verfolgten.

Wie aber soll man der nachwachsenden „Generation ohne Diktaturerfahrung“ glaubhaft machen, dass Mitmachen in extremistisch angelegten Vereinigungen und das Begehen von Straftaten in solchen Organisationen ein Verbrechen ist, wenn sie doch bisher nur vorgeführt bekommt, dass Mitmachen in verbrecherisch tätigen Organisationen sich stets lohnt und straffrei bleibt. *Wolfgang Stiehl*,

Wir meinen: JEDES OPFER JEDER DIKTATUR IST EIN OPFER ZU VIEL. Eine Opfer- Hierarchisierung ist zynisch, beleidigend und unwürdig und widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz.

Wir meinen: Alle aus den neuen Bundesländern gewählten Politiker konnten und können nur in ihr Amt gewählt werden, weil seit 1945 Widerstand gegen eine zweite, verbrecherisch handelnde Diktatur, von weit mehr als einer viertel Million Menschen geleistet wurde, der letztendlich 1989 von Erfolg gekrönt wurde. Eben deshalb gilt es, jeden verfolgten Widerständler, aber auch jeden zufällig als solchen von der Stasi verfolgten VERDÄCHTIGEN angemessen zu entschädigen.

Bernburger wieder mobil – Heinz Streblov erfreut die Leserinnen und Leser

Nach langer Zeit habe ich meine Schreibmaschine am Rande meiner Schrankwand neu entdeckt und haue wieder lässig in die Tasten. Unser aller Hugo hat mich ermuntert, mal wieder etwas für die Leser der „Freiheitsglocke“ einzureichen. Das fällt mir nicht schwer, obwohl ich traurig bin, manch liebenswerte Zeitgenossen, denen man oft mal begegnet ist, nicht mehr unter den Lebenden zu wissen. Auch bin ich sehr traurig gestimmt wegen des derzeitigen Zustandes in unseren eigenen Reihen. Mir ist immer noch unverständlich, wie schwer es war, für 250,- Euro auf die Straße zu gehen und nach Erreichen des Zieles sich einfach so „vom Acker zu machen“. Nicht einmal der jedes Jahr fällige Beitrag wird von diesen Leuten aus unseren eigenen Reihen

eingezahlt, obwohl sie lange Jahre Mitglied der VOS sind. Es wird auch vielfach in andere Orte umgezogen und sich nicht ordentlich vor Ort bei seiner Ortsgruppe abgemeldet. Nach etlichen Jahren kehrt man dann zurück und beschwert sich unbekümmert, weshalb man keine Freiheitsglocke nachgesandt bekam. Mein bester Freundeskreis ist fast verstorben und der restliche Teil bereitet sich schon, innerlich behaftet mit vielen bösen Haftfolgeschäden, auf die Reise ins Nirwana vor. Zum Glück gibt es auch gute Nachrichten, denn nach langer Zeit habe ich einen tüchtigen Stellvertreter an meine Seite bekommen, der mich vor Ort entlastet, denn mit Jürgen Vollmann, einem ehemaligen Gastronomen, sowie seiner Frau Annemarie, macht es

echt Laune zusammenzuarbeiten. Selbst eine Pressesprecherin für die Öffentlichkeitsarbeit ist an Bord, Frau Antje Hahne, Neuzugang in unserer Bezirksgruppe Bernburg. Viele Jahre hat sie sich als außenstehende Bürgerin für unsere Schicksale interessiert und treusorgend zur Seite gestanden. Was noch fehlt, ist jemand, der einen Fahrdienst organisieren würde, um ältere Mitstreiter in unsere Begegnungsstätte zu bringen, da viele auf die umliegenden Dörfer verstreut sind. Wer uns mal von auswärts besuchen möchte, kann sich gern bei uns blicken lassen und bei Bedarf wird eine Übernachtungsmöglichkeit, passend für jeden Geldbeutel, organisiert. Adresse von mir kann bei Hugo Diederich erfragt werden.

Der erste Bericht auf S. 11 oben

Landesbeauftragten Rathenow sofort erkannt

VOS Bernburg mit Exkursion zu Leipziger Selbsthilfegruppe

Für Sonnabend, den 27. Oktober 2012, hatte uns der als „flinkes Wiesel“ und Gründer der „Selbsthilfegruppe Posttrauma“ wohlbekannte Rolf Wiese nach Leipzig ins „Haus ohne Barrieren“ eingeladen. Dies war natürlich Grund genug für uns Bernburger, diese Selbsthilfegruppe genauer kennenzulernen. Der sächsische Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Lutz Rathenow, würde ebenfalls anwesend sein. Na, das war doch mal was für meine Person, als interessierter Leser all seiner Bücher. Dem Rolf Wiese klopfte ich, ganz in Gedanken versunken, innerlich versteht sich, auf die Schulter. Mit neun Bernburgern reiste ich an, da der wieselnde Rolf mir im Voraus telefonisch mitgeteilt hatte, ich möge genug Leute mitbringen.

Pünktlich erreichten wir das

Gelände und suchten erst einmal den richtigen Eingang. Der Geruch von gegrillten Hühnerfüßen führte uns an den Ort des Geschehens. Ein kleiner Raum mit wenig Platz, mit wenigen Besuchern, erwartete uns. Lutz Rathenow, den kleinen und gemütlichen Dicken, erkannte ich sofort. Die Begrüßung fiel herzlich aus. Aber kein Rolf Wiese in Sicht.

Die Zeit verging wie im Fluge, es kamen noch mehr Besucher. Aber immer noch kein Rolf Wiese in Sicht. Es wurde in einen anderen Raum gewechselt, da immer mehr Gäste eintrafen. Und: Ein verstohlener Blick auf die Uhr – immer noch kein Rolf Wiese zu sehen.

Eine leise Unruhe war schon spürbar im Raum, der Landesbeauftragte ließ sich jedoch überhaupt nichts anmerken. Nach etlicher Zeit tauchte auch endlich Rolf Wiese auf und leitete die Begrüßung der Gäste ein. Er entschuldigte sich für die Verspätung, da er auf dem Hauptbahnhof Gäste aus Annaberg-Buchholz abholen wollte, welche aber schon seit längerer Zeit unter den Besuchern weilten.

Es waren sehr viele interessante Dinge, welche der Sächsische Landesbeauftragte zur Ausführung brachte, und alle Anwesenden hörten gebannt zu. Eine Frau war unter ihnen, deren schrille Stimme mir sehr bekannt vorkam. Tatsächlich, Frau Schneider hatte sich im Hintergrund verborgen und gab wieder einmal aufgeregte Kommentare von sich. Ein älterer, sehr schneidiger Herr stellte sich als ehemaliger Oberstleutnant des KGB vor, welcher sich von irgendwem verfolgt fühlte. Ich kam mir vor wie im falschen Film. Es gab noch ein leckeres Mittagbrot mit vielen gesunden Salaten und eine anregende Gesprächsrunde im engsten Kreis. Danke, Rolf Wiese, wir kommen wieder.



Übrigens: Die Herbstparty mit Disco

mit DJ Steffen hatten wir leider verpasst, da der Fahrplan dies am späten Abend nicht mehr hergab. *Heinz Streblov*

Foto: Internetseite BStU Sachsen

Achtung!, Lutz Rathenow bleibt weiterhin Ansprechpartner für politische Häftlinge des Sozialismus. Seine Behörde ist erreichbar unter: Unterer Kreuzweg 1, 01097 Dresden, Tel.: 0351-6568110, Fax: 0351-6568120.

Mail: info@lstu.smj.sachsen.de

Besuchstipp!

Ausstellung des Landesbeauftragten in der Gedenkstätte Bautzner Straße: Die Ausstellung des Sächsischen Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen bietet in acht Kapiteln einen Überblick über die Geschichte der DDR. Sie beleuchtet das Wechselverhältnis von staatlicher Repression und Widerstand. Zentrale Ereignisse werden durch weniger bekannte Aspekte ergänzt. Interessante Zeitzeugen kommen zu Wort. In der Gedenkstätte Bautzner Straße werden die Kapitel mit Titel „Der SED-Staat“ gezeigt.

Auf zu Karl und Rosa

Im Januar marschieren noch mal die Betonveteranen

Soll es im Januar, wenn das Datum der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg aktuell wird, wieder das gewohnte Spektakel in Berlin geben? Drohend gereckte Fäuste, verbissene Gesichtszüge und der eine oder andere letzte heisere Kampfruf? Rot Front und die Reihen fest geschlossen, und zwar Arm in Arm, inzwischen aber eher damit sich die in die Jahre gekommenen Dinosaurier der sozialistischen Diktatur gegenseitig stützen können.

Und mittendrin die Führung der Linkspartei.

Wie ist das mit der Jugend?

Etwa ein Jahr ist es her, da haben friedliche Demonstranten aus der VOS per Faustschlag oder Stiefeltritt erfahren dürfen, mit welchen „gewaltlosen“ Argumenten die sozialistischen Führungseliten von morgen die Politik der SED-Anarchisten fortzusetzen gedenken.

Ist das wirklich so?

Wenn man den Äußerungen eines Solid-Vertreters (Jugendverband der Linkspartei) trauen darf, soll das nun nicht mehr so sein. Im Interview mit dem ehemaligen Zentralorgan gab eines der acht Mitglieder des achtköpfigen BundessprecherInnenrats, dem maßgebenden Gremium des etwa 10.000 Mitglieder umfassenden Jugendverbandes, den Bruch mit derartigen Praktiken, aber auch die Abkehr von der bisher üblichen Januar-Demo bekannt. Diese jungen Leute haben keine Lust mehr, sich die Auseinandersetzung mit Stalin- und Mao-Anhängern noch länger anzutun. Eine kritische Auseinandersetzung zum Thema und mit diesen Personen – die Altgenossen sind gemeint – sei nicht möglich. Eine der Kernaussagen lautet: Es gibt nicht die eine Wahrheit.

Findet nun ein Umdenken und Umpositionieren in der Linken-Jugendorganisation statt? Wenn ja, so wäre das sicher ein Weg, auch mit denen ins (sachliche) Gespräch zu kommen, die zu Zeiten der SED-Diktatur für die Suche und das Aussprechen ebensolcher anderen Wahrheiten mit hohen und harten Haftstrafen büßen mussten.

Valerie Bosse

Nicht nur im Saal, sondern auch in den Herzen herrschte bittere Kälte

Der Heilig Abend 1948 im Bautzener Gelben Elend Saal war trost- und hoffnungslos

Heute, so sagt mir meine Zeitrechnung, ist Heilig Abend. Was bedeutete das für mich, für die vierhundert zum Teil unterernährten Mitgefangenen auf diesem beengten, ungastlichen, ca. 300 qm großen Saal? Wir leben, besser gesagt wir vegetieren, hier zusammengepfercht wie die Ölsardinen in der Büchse. Ein hoffnungsloses trostloses Dasein, das uns an diesem Tag besonders bewusst wird. Es ist ein kalter Wintertag, und im Saal herrscht bittere Kälte. Die unter den großen vergitterten und nicht verblendeten Fenstern befindlichen Heizungsrohre liefern nur zweimal am Tag für kurze Zeit etwas Wärme. Zu wenig um sich einmal richtig aufzuwärmen. Das ständige Frieren ist schon zum Normalzustand geworden und wird sich in den Wintermonaten nicht mehr ändern. Die Körperausdünstungen der vierhundert Gefangenen tragen etwas zur Erwärmung der Luft, die natürlich dadurch recht stickig ist, bei. Das Motto lautet „Besser warmer Mief als kaltes Ozon“. Meine Kleidung sowie die der meisten Kameraden ist auf Grund der bereits zum Teil langen hinter uns liegenden Haftzeit und der sich ständig wiederholenden Entlausungen dünn und zerschissen. Wer das Glück oder auch Pech hatte und in einem Wintermonat inhaftiert wurde, besaß entweder noch einen Mantel, zumindest jedoch einen Pullover. Davon kann ich, der an einem warmen Frühlingstag verhaftet wurde, nur träumen.

**Leute mit Mut
und Charakter
sind den anderen
Leuten immer
sehr unheimlich.**
Hermann Hesse

Vergleichsweise gut sind unser Saalkommandant, der Dolmetscher und die jugendlichen Suppenkübelträger, die zum Stab der „Prominenz“ gehören, dran. Sie sind zwar

auch Häftlinge, aber dank der „Nachschläge“ die sie sich genehmigen, besser ernährt und bekleidet.

Der Saal 8 im Haus 1 ist wie alle anderen voll belegt. Es handelt sich bei diesem Raum um eine frühere Arbeitsstätte, die in vier Blöcke aufgeteilt ist, die jeweils mit doppelstöckigen Holzpritschen, die als Schlafstätten dienen, ausgestattet sind. Auf jedem Block müssen 100 Häftlinge ihren Platz finden. Kürzlich haben wir als Schlafunterlage dünngefüllte Strohsäcke erhalten, um

Weihnachten in Haft



das Liegen auf den unterschiedlich dicken Brettern, die eitrige Druckstellen verursachen, etwas erträglicher zu machen. Drei Häftlinge teilten sich als Lagerstatt eine etwa 1,50 m breite „Koje“. Das bedeutet, dass ich mir mit zwei Kameraden den Kojen-Platz teilen musste. Somit hatte nachts jeder von uns gerade 50 cm als Liegefläche zur Verfügung.

Die Enge hatte einerseits den Vorteil, dass man sich gegenseitig etwas wärmte. Andererseits hatte man den Nachteil, dass man bei jeder Bewegung eines Nachbarn aus dem Schlaf geschreckt wurde. Das führte oft zu Streitigkeiten, denn das tägliche Leben strapazierte die Nerven ohnehin. Keiner von uns besaß eine Decke. Es blieb uns nichts anderes übrig auch während der Nachtruhe die stinkenden, zerlumpten Kleidungsstücke, die seit Monaten, wenn nicht Jahren, tagsüber getragen wurden, auch nachts auf dem Leib zu behalten.

Im Saal gab es nur wenige Sitzgelegenheiten und Tische. Das Liegen war tagsüber verboten. So spielt

sich heute am Weihnachtstag, wie auch an jedem anderen Tag das stumpfsinnige und hoffnungslose Dahinvegetieren zumeist im Sitzen auf dem Rand der Kojen oder auf den unter den Fenstern befindlichen Heizrohren ab.

Wir sind nach Auffassung der Sowjets alle Kurzzeitstrafgefangene; verurteilt zu zehn bis zwanzig Jahren Lagerhaft. Unser schlechter Gesundheitszustand hat die Sowjets vermutlich davon abgehalten, uns zum Arbeitseinsatz in die Sowjetunion zu schaffen.

Weil es ansonsten mangels Zeitungen bzw. Unterhaltungsspielen keine Abwechslung gab, bildeten sich Gesprächskreise mit unterschiedlichen Themen, denen man sich anschließen konnte. Doch hier war Vorsicht geboten, weil solche Zusammenkünfte als illegale Gruppen betrachtet wurden und sich die Teilnehmer strafbar machten. Dennoch hat ein inhaftierter Pfarrer für heute Abend eine Weihnachtsansprache für einen kleinen Kreis angekündigt, um uns auf diese Art ein wenig auf das Weihnachtsfest einzustimmen.

Jeden Morgen gegen sechs Uhr, so auch heute, schreit der für Ordnung eingesetzte Saalposten: „Aufstehen“! Unmittelbar danach reißt der „Luftmarschall“, ein für die Lüftung zuständiger Häftling, die Fenster auf, um die spürbar verbrauchte Luft aus dem Raum zu lassen. Sofort erfasst uns ein unangenehmer Schwall eisiger Kälte. Ich flüchte in den Waschraum, dort gibt es für uns nur drei Wasserhähne mit Kaltwasser. Mit Waschen ist ohnehin, zumal mangels Seife und Handtuch, nicht viel drin. Auch Zähneputzen ist Luxus.

Anschließend das Schlangestehen vor der Toilette. Nur drei Toilettenbecken, einfach zu wenig bei so vielen Menschen! Hinzu kommt noch, dass die Spülungen zeitweise wegen zu geringem Wasserdruck nicht funktionieren. Dieser frühere Maschinensaal ist einfach unzumutbar für eine Belegung mit vierhundert Häftlingen. Doch wen kümmert das schon.

Aus unserem Fenster blicken wir genau auf das Küchengebäude.

Weiter auf Seite 13 oben

So können wir die an den Kochkesseln stehenden Köche, die wie wir Gefangene sind, gut beobachten. Die „Experten“ unter uns glauben, an der Art, wie die Köche in den Suppenkesseln rühren, feststellen zu können, dass die Suppe heute mehr Masse als sonst enthält. Schließlich ist Weihnachten und laut den in den letzten Tagen kursierenden Parolen sollte es an den Weihnachtstagen etwas nahrhafteres Essen geben.

Doch bald nach Eintreffen der Suppenkübel mussten wir bei der Essenausgabe feststellen, dass es sich auch heute um die gleiche dünne geschmacklose Brühe, in der wenige einzelne Graupen (Kälberzähne) zu finden sind, handelt. Damit wurden wir schon seit Wochen bedient. Gott sei Dank war sie sehr heiß und diente wenigstens der Erwärmung.

Nach Fettaguen suchte man auf der Suppe vergebens; aber das erleichterte auch das Spülen der Essschüssel unter dem kalten Wasser. So war uns mal wieder bewusst geworden bei wem wir zu „Gast“ sind!

Kurz nach Ausgabe der morgendlichen Suppe ertönt der Achtungsruf unseres Saalaufsehers, der auf das Kommen des „Iwan“ aufmerksam machte. Alle Häftlinge springen auf und nehmen Haltung an. Der Blick ist auf den Soldaten gerichtet. Zu dem nun stattfindenden Zählappell müssen wir uns alle im Mittelgang zwischen den 4 Blöcken in Fünferreihen aufstellen, damit kontrolliert werden kann, dass keiner von uns über Nacht abhanden gekommen ist.

Mitunter vergeht viel Zeit dabei, weil unser sowjetischer „Freund“ Schwierigkeiten im Umgang mit Zahlen hat. Sobald die Zählung vorüber ist, findet das übliche Laufen, das wir bezeichnenderweise Hungermarsch nennen, auf dem Mittelgang statt. Dieser Marsch dient der Erwärmung, aber auch der Stärkung der Muskulatur. So verbringen wir die Zeit bis zur Ausgabe des Mittagessens, das auch heute – wie schon seit Wochen – aus einer $\frac{3}{4}$ Liter übelriechender Sauerkrautsuppe besteht.

Mit diesem Essen brachten uns die Essenträger die glitschigen und nassen 3 kg schweren Kastenbrote

für die Abendmahlzeit mit. Heute – am Heiligen Abend – kein Gramm mehr als sonst.

Das Aufteilen der Kastenbrote übernahmen einige besonders geübte „Brotschneider“, die diese Aufgabe in Ermangelung eines Messers mit einem dünnen Draht bewerkstelligten. Wir hungrigen Häftlinge beobachteten diesen Vorgang mit prüfenden Blicken, um sicher zu sein, dass die jeweiligen Portionen auch gerechte 350 g betragen. War doch jenes Stück Brot unsere einzige feste Nahrung.

Am Nachmittag gab es nochmals $\frac{1}{2}$ l eines kaffeeähnlichen Getränkes. Danach zogen sich die Gefangenen zurück, um in Ruhe und Andacht ihr Brot zu verzehren. Hier und da war das Summen einiger altbekannter Weihnachtsmelodien zu hören. Singen war ja grundsätzlich verboten und strafbar.

Während unsere Gedanken weit weg bei unseren Lieben waren, wurde plötzlich etwa gegen 17 Uhr die Saaltür aufgerissen. Herein stürmte eine Horde von Rotarmisten, begleitet von zwei Offizieren. Großes Geschrei, zunächst unverständliche Befehle. Immerhin hatten wir schnell verstanden, dass es sich wieder einmal um eine überraschende Filzung handelte. Die Sorge vieler meiner Kameraden war natürlich, dass man ihnen dabei so manches für sie wertvolle, aber verbotene Utensil wegnahm. Etwa die aus Draht gefertigten Strick- und Nähadeln.

Auf der linken Seite wurden die Strohsäcke, die auf den doppelstöckigen Holzpritschen lagen, durcheinander geworfen und zum Teil durchwühlt. Bevor diese linke Seite an die Reihe kam, waren wir die Opfer dieser Aktion. Wir mussten uns bis auf die Unterwäsche ausziehen, und Stück für Stück der Oberbekleidung wurde durchsucht. Es dauerte mindestens eineinhalb Stunden, bis dieser Spuk zu Ende war und die Horde sich wieder zurückzog. Hinterlassen hatten sie für uns ein Chaos, Staub und Schmutz und ein Durcheinander. Es dauerte dann seine Zeit, bis jeder von uns seine paar Sachen zusammengefunden hatte, und nicht zuletzt bedurfte es auch noch einer gründlichen Reinigung unserer Unterkunft.

Später hörten wir durch die geöffneten Fenster das Läuten der Glocken aus der Bautzener Domkirche aus der Ferne. Sicher war es das Einläuten der Heiligen Nacht. In Gedanken waren ich und die meisten meiner Kameraden mit unseren Angehörigen verbunden. Seit der Verhaftung ist ihnen unser Aufenthaltsort und Schicksal unbekannt. Ob und wann es jemals ein Wiedersehen mit unseren Lieben gibt? Wie werden sie den Heiligen Abend verbringen? Die knappen Nahrungsmittel, die es nur auf Lebensmittelkarten gibt, werden Auswirkungen auf ihr Festtagsessen haben.

Am späten Abend war dann das allabendliche Schlurfen der mit Holzschuhen bekleideten Häftlinge zu hören. Vom Lazarett herkommend schoben und zogen sie, unter Bewachung von bewaffneten Sowjetsoldaten, einen geschlossenen Kastenwagen. In ihm befanden sich die tagsüber verstorbenen Häftlinge, um in dem in der Haftanstalt befindlichen anonymen Massengrab auf dem Karnickelberg vergraben zu werden.

Erneut vernahmen wir das Glockenläuten vom Bautzener Dom. Es war das weihnachtliche Abschiedsgeläut für unsere an diesem Tag verstorbenen Kameraden. Ihr Ableben hat ihnen viel von dem erspart, was uns noch erwartete.

Das war die stille Heilige Nacht, wie ich sie erlebte, und fünf ähnliche sollten noch dazukommen, bis ich das Weihnachtsfest wieder im Kreis der Familie erleben durfte.

Heinz-Peter Lorenz

Redakteur und Vorstand danken dem inzwischen 91-jährigen Verfasser für diesen wichtigen Beitrag.

Gedenkstätte Bautzen: Informationen

Heile Welt der Diktatur? Herrschaft und Alltag in der DDR – Öffnungszeiten dieser Ausstellung bis März 2013 verlängert.

Januar 2013: zahlreiche Termine an den Wochenenden mit Führungen über ca. 2 Stunden um 14.00 Uhr.

Achtung!, die Gedenkstätte ist am Neujahrstag 2013 nicht geöffnet.

Nicht alle waren elegant und originell wie der große James Bond

Experten diskutieren erneut an der Uni Odense über Geheimdienste und deren Geschichte(n)

Fortstzungsbeitrag aus Fg 721

In der letzten Fg berichtete unser Kamerad Dr. Wolfgang Mayer vom Experten-Treffen mit internationaler Teilnahme an der dänischen Universität in Odense. Mehrere Wissenschaftler waren im Podium vertreten und diskutierten über das Thema „Macht und Ohnmacht von Geheimdiensten“, über das auch die politischen Häftlinge des Sozialismus mehr als genug ungute Erfahrungen sammeln mussten.

Lesen Sie nachstehend den zweiten und abschließenden Teil des Berichtes von Dr. Wolfgang Mayer.

Er gab ein Plädoyer dafür, dass nicht nur der Geheimdienst in der Geschichtsforschung eine Rolle spielt, sondern auch die entsprechenden Details von Bedeutung sind. Dem kann man nur beipflichten!

Mit Spannung wurde das Referat von Professor Dr. Mark Kramer von der Harvard Universität, erwartet. Er bearbeitete ein ähnliches Feld, nämlich die Mythen um die NATO-Übung „Able Archer 83“. Mit großer Detailkenntnis auf höchster Ebene der sowjetischen Staatsführung stellte er fest, dass die Mythen über eine ernste Kriegsangst 1983 eben nur Mythen sind. Einfache Details über Able Archer würden falsch von Paul Maddrell dargestellt, und für die Schlussfolgerung auf eine akute sowjetische Kriegsgefahr habe es keinerlei Anzeichen gegeben. Kramers Vortrag dürfte insbesondere der dänischen Öffentlichkeit noch gegenwärtig sein.

Freiheit in Wissenschaft und Forschung!

Dr. Thomas Wegener Friis, Süddänische Universität Odense, sprach über „Flüchtlinge und Emigranten als ein (allgemeines?) Sicherheitsproblem“. So versuche man im Gastland Dänemark seit langem, Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen – mit bisher erstaunlich geringem Erfolg. Denn oft würden den Forschern die entsprechenden Quellen vorenthalten, wie das Beispiel der Botschaftsbesetzung 1988 in Ostberlin beweist. Diese Haltung diene allenfalls dem Vergessen, aber nicht der so wichtigen Aufarbeitung der Geschichte. Seine Sätze erinnerten mich an die Auslegung des Artikels 5 im deutschen Grundgesetz. Im Absatz 1 heißt es dort wörtlich: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung ... werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Ein Lehrstoff der unserer Jugend nicht bloß in der dänischen Folkeskola oder der deutschen Realschule vermittelt wird, sondern in sämtlichen Schulen der modernen Staaten Europas!

Abschließend äußerten sich Dr. habil. Paweł Jaworski über polnische Geheimdienstaktivitäten gegenüber Schweden nach dem Zweiten Weltkrieg sowie der Rumäne Dan Draghia, Universität Bukarest, zum Thema „Der Geheimdienst als Werkzeug der persönlichen (Blut-)Rache: Körperliche Angriffe durch das damalige Ceaușescu-Regime gegen kritische Stimmen aus dem Exil nach 1977“. Dr. habil. Joanna Wojdon (Polen) beendete die spannenden Vorträge mit ihrem Thema über „Polnische Amerikaner und der Geheimdienst der ‚Volksrepublik Polen‘ 1955-1989“.

Fazit: Geheimdienste müssen sich im Hinblick auf die Terrorbekämpfung ständig neu orientieren

Am späten Nachmittag dann das Fazit: Das letzte halbe Jahrhundert habe gezeigt, dass sich die Geheimdienste der ganzen Welt ständig neuen Aufgaben und Herausforderungen stellen müssen. Nur selten gäbe es für sie die Chance, zurückzublicken und Ereignisse der Vergangenheit zu bewerten, um historische Lehren für die Zukunft ziehen zu können. Die Frage, wie die Geheimdienste gerade heute erfolgreich Terrorismus bekämpfen wollen, stelle sich immer wieder neu. Insbesondere dann, wenn keine korrekte Auswertung dessen erfolgt, was wirklich in der terroristischen Szene der vergangenen Jahre passiert ist.

Die Konferenz "Need to Know II: „Lessons learned“ bot die Chance, einen Blick zurück auf den Kalten Krieg zu werfen und zu bewerten, was man aus der jüngeren Geschichte gelernt hat. Nach wie vor wird der Erforschung der Tätigkeiten sämtlicher europäischer Geheimdienste seit Ende des Zweiten Weltkrieges höchste Bedeutung zukommen.

Das war spannend und für mich sehr wichtig

Natürlich will ich der Leserin und dem Leser meine letzte Etappe dieser Reise nicht vorenthalten. Sei sie auch kurz und – vergleichsweise – ereignislos.

Während der Heimfahrt bei Kolding, dem Abzweig Richtung Süden, zögerte ich kurz und überlegte, ob ich, der noch immer fanatische Tischtennis-Freak, einen Abstecher zum Europa-Championat machen sollte. Dieses fand gerade im jütländischen Herning statt. Nur kurz; dann zog ich doch durch, zurück in die Heimat. Vor allem, um die tiefen Eindrücke von Odense nicht einfach wieder zu verwischen ... Alles in allem erlebte ich eine spannende politikwissenschaftliche Veranstaltung, die nicht allein meinen Horizont erheblich erweitert haben dürfte.

Dr. phil. Wolfgang Mayer

*) Die Konferenz erfolgte in Kooperation mit dem IPN (Institut des Nationalen Gedenkens in Polen, im Zusammenhang mit der Verfolgung von Verbrechen gegen die polnische Nation) und dem Centre for Cold War Studies der Süddänischen Universität Odense.

**) Dr. Wolfgang Mayer ist Betreiber der Internetseite „Flucht und Ausreise“, auf der sich Interessierte zu eben diesen Themen informieren und sich in mehreren Foren selbst äußern können. Die Seite erfreut sich einer großen Resonanz. Wolfgang Mayer selbst hatte wenige Jahre vor dem Zusammenbruch der DDR mit anderen DDR-Bürgern durch eine Besetzung der dänischen Botschaft in Ost-Berlin den Weg in die Freiheit gesucht, er wurde jedoch ausgeliefert und inhaftiert. Seine Geschichte hat er in Büchern und Vorträgen aufgerollt, ebenso war er hartnäckig bemüht, die Vorgänge hinter den Kulissen, vor allem in Dänemark, aufzuklären.

Besondere Zuwendung bleibt bei Sozialleistungen unangetastet

Dies gilt auch für Pflegeleistungen und Unterbringungen in entsprechenden Einrichtungen

Es ist kein Geheimnis, dass die Mitglieder der VOS immer älter werden. Für den einen oder anderen steht die Frage, ob man in ein Senioren- oder Pflegeheim übersiedeln sollte. Dabei ergibt sich oft die Frage, welche Einkünfte bei den Heimkosten berücksichtigt werden. Im Auftrag des VOS-Vorstandes hat sich Matthias Katze an das Sächsische Sozialministerium gewandt, um sich auch für die „Unantastbarkeit“ der „Besonderen Zuwendung“ bei der Finanzierung von Heimplätzen und Pflegeleistungen und auch in Bezug auf die sonstigen finanziellen Bedingungen sachkundig zu machen. Nun hat er Auskunft von höchster Ebene und zwar von der Sächsischen Staatsministerin für Soziales und Verbraucherschutz Christine Clauß (Foto) erhalten. Diese drucken wir nachstehend ab:



Liegt Pflegebedürftigkeit im Sinne des Sozialgesetzbuches Elftes Buch (SGB XI) vor, wird von der Pflegekasse in einer vollstationären Einrichtung je nach Pflegestufe ein Teil der Kosten übernommen. Dies deckt jedoch nicht die gesamten Kosten eines Heimplatzes ab. Grundsätzlich ist das eigene Einkommen und Vermögen zu verwenden, um die restlichen Kosten der Unterbringung in einer stationären Pflegeeinrichtung zu finanzieren. Nur wenn dieses nicht ausreicht, besteht ein Leistungsanspruch gegenüber der Sozialhilfe.

In diesem Fall werden neben den persönlichen Voraussetzungen zur Leistungsberechtigung auch die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Antragstellers geprüft. Zum vorrangig anzurechnenden Einkommen gehören grundsätzlich alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert. Zu den wenigen Ausnahmen von der Einkommensanrechnung zählen die Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und nach Gesetzen, die eine entsprechende Anwendung des BVG vorsehen sowie Renten oder Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (BEG) für Schäden an Leben sowie Körper oder Gesundheit bis zur Höhe der vergleichbaren Grundrente nach dem BVG. Ausnahmen finden sich außerdem in anderen Gesetzen, die ausdrückliche Bestimmungen dazu enthalten, dass die dort gewährten Leistungen als Einkommen unberücksichtigt bleiben.

Daraus ergibt sich konkret für die von Ihnen aufgeführten Einkommen der Alters- und Witwenrente, dass diese von der Sozialhilfe als Einkommen berücksichtigt werden.

Die besondere Zuwendung für Haftopfer gemäß § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) ("Ehrenrente") wird als Einkommen nicht berücksichtigt. Dies ergibt sich aus § 16 Abs. 4 StrRehaG.

Die Versorgungsbezüge nach § 21 Abs. 1 StrRehaG ("Rente wegen Haftfolgeschaden") wird als Einkommen auch nicht berücksichtigt, da diese Versorgung in entsprechender Anwendung des BVG gewährt wird.

Neben den hier genannten Versorgungsbezügen werden auch die Invalidenrenten sowie ggf. daneben gewährte Zuschläge zur Altersrente (sog. "DEMO") an russische Staatsangehörige, die nach russischem Recht aufgrund der Zugehörigkeit zum Personenkreis der "Blockadeopfer Leningrads" nach dem "Gesetz über die staatliche Rentenversorgung in der Russischen Föderation" geleistet werden, nicht als Einkommen angerechnet.

Sofern Mitglieder Ihres Vereins Leistungen der Sozialhilfe in Anspruch nehmen, kann das zuständige Sozialamt nach Prüfung des Einzelfalls eine verbindliche Aussage zur Einkommensanrechnung übermitteln.

Christine Clauß (Foto: Internet/Wikipe.)

Von den letzten Kriegstagen bis zum amerikanischen Geheimdienst

Auch Werner Juretzko hätte zum Thema Geheimdienste viel beizutragen! Vielleicht sogar mehr als einige Theoretiker beim Kongress im dänischen Odense ...

Mehrfach schon haben wir über unseren in den USA lebenden VOS-Kameraden Werner Juretzko berichtet, der in der globalen Kommunismus/Sozialismus-Aufarbeitung ein echter Insider ist. Bis heute gestaltet er die Darstellung der Diktaturen nachhaltig mit. So ist er in den USA im Museumsrat und veranschaulicht zulässiges Wissen aus Geheimdienstzeiten. Neuigkeiten, auch mit Fotos verbunden, postet er häufig über seinen Internetauftritt bei facebook.

Seine Lebenserinnerungen, die in einem Dorf in Niederschlesien beginnen und vor allem durch die letzten Kriegstage geprägt sind, hat er in einem Buch beschrieben. Dieses äußerst spannende Buch ist auch als ebook im Internet zu erwerben. *Valerie Bosse*

Wir trauern um

**Burghild Pakosch
Karl-Heinz Portzig
Heinz Krasniewski
Rudolf Seiler
Günter Schrader
Fritz Liebau
Hilmar Walz**

**Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Rhein-Main-Nahe
Bezirksgruppe München
Bezirksgruppe Chemnitz
Bezirksgruppe Dortmund
Bezirksgruppe Harz
Bezirksgruppe Reichenbach**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Ein Preis für alle - oder nur für wenige?

EU erhält den Friedensnobelpreis. Ist das richtig?

Die EU hat den Friedensnobelpreis bekommen. Die EU, das ist die Europäische Union, die aus fast allen europäischen Ländern besteht und deren Mitglied somit jede Bürgerin und jeder Bürger dieser Länder ist. Einem solchen sozialen und demografisch bizarren Gebilde einen Friedenspreis zu verleihen, schafft Verwirrung und Zweifel. Denn damit sind nicht nur die eigentlich wenigen wirklichen Friedensaktivisten, denen es in der Tat um realistische humane Fortschritte und Lebensverhältnisse auf dem gesamten Erdball geht, geehrt worden, sondern genau genommen gilt die Ehrung dann auch jedem unbeteiligten und uninteressiertem Mitmenschen in allen EU-Mitgliedsstaaten. Oder wollte man behaupten, Links- und Rechtsradikale, Autoschieber, Kinderschänder – um nur einige mehr als suspekten Kategorien herauszugreifen – sind dann mit dieser Ehrung nicht gemeint?

Wollte man aber nicht ohnehin viel mehr die Spitzenpolitiker der Länder ausgezeichnet sehen, denn diese – und nicht irgendwelche sonst üblichen Alibi-Gäste – waren ja auch zur Gala geladen. Und wollte man vielleicht zugleich dem Bürokratie-Monster namens EU, dessen Existenz ein lieber verschwiegener unglaublicher Kostenfaktor ist, eine honorige Rechtfertigung verschaffen?

Mehrfach wurde in den Reden die Überwindung der europäischen, eigentlich Deutschen, Teilung gerühmt. Der Name Helmut Kohl fiel, dies zu Recht. Aber man muss fragen, was haben Länder wie Irland, Belgien, Luxemburg oder Malta mit dem Fall der Mauer zu tun? Oder hat nicht – wenn wir die missglückte Botschaftsbesetzung unseres Kameraden Wolfgang Mayer als Beispiel nehmen, ein Land wie Dänemark passiv, wenn nicht sogar nachweisbar feige, gar nicht im Sinne einer europäischen Einigung gehandelt? Wären, wenn man sich auf Staaten bezieht, nicht zuvorderst Polen und Ungarn zu nennen, die sehr viel riskiert und vorsätzlich zur Überwindung der sozialistischen Diktatur beigetragen haben? Und was ist mit den USA? Ohne den konsequenten, unerschrockenen Kurs von Ronald Reagan, hätte es eine Einheit, wie wir sie nun haben, nicht gegeben.

Andererseits haben maßgebende deutsche Politiker und Kultur-Größen vehement gegen eine Wiedervereinigung der zwei deutschen Staaten gepredigt. Begründung: Frieden und Stabilität ließen sich dann für ganz Europa besser bewahren.

Fest steht: Die Einheit Europas ist in der Tat ein wesentlicher Stabilitätsfaktor, und zwar innerhalb des eigenen Territoriums wie auch mit Blick auf die zahlreichen außereuropäischen Brennpunkte. Und egal, dass die Möglichkeiten der Einflussnahme oft gering sind, handeln die Länder dank der EU geschlossen und lassen sich nicht mehr wie einst als Blöcke gegeneinander ausspielen.

Reicht letzteres Argument für eine Verleihung des Friedensnobelpreises aus? Eine Antwort – an dieser Stelle – ist nicht vonnöten, die Würfel sind längst gefallen.

Für Deutschland hat die Verleihung des Preises immerhin eine höchst authentische Komponente, denn die anwesende Kanzlerin Angela Merkel war Beteiligte an der DDR-Bürgerbewegung. Zu kurz gekommen bzw. unbeachtet blieb – auch hier – die Rolle der politischen Opfer der sozialistischen Diktaturen. Die Widerständler und politisch Inhaftierten sind essentieller Bestandteil des Einheitsprozesses. Auch Ihnen sollte man den Friedensnobelpreis verleihen. Man bezöge dann zumindest keine Unbeteiligten mit ein. *B. Thonn*

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS (VOS)

Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin

PVSt Deutsche Post

Entgelt bezahlt

A 20 666

„Freiheitsglocke“, herausgegeben von der Gemeinschaft ehemaliger politischer Häftlinge, Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag elf Mal jährlich (davon einmal als Doppelausgabe)

Bundesgeschäftsstelle der VOS

Hardenbergplatz 2, 6. Etage, 10 623 Berlin

Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und 030 – 2655 23 81

Fax: 030 - 2655 23 82

Email-Adresse: vos-berlin@vos-ev.de

Sprechzeiten: Dienstag und Donnerstag

von 14.00 bis 17.00 Uhr

Postbankkonto Nr. **186 25 501** bei der

Postbank Köln, Bankleitzahl **370 100 50**

Spenden sind steuerlich absetzbar

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:

Telefon/AB: 030 - 2546 26 38 Fax: 030 – 2300 56 23

Mail: lv-berlin@vos-ev.de

Dienstag und Donnerstag von 12.00 Uhr bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS

Redaktion und Satz: A. Richter

redaktion@vos-ev.de, Fax: 02572 - 84782

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte auch bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet

Druck: Druckerei Mike Rockstroh, Aue (Sachsen),
Schneeberger Str. 91

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS ist durch den Mitgliedsbeitrag zugleich Bezieher der „Freiheitsglocke“.

Jahresbeiträge:

- Mitglieder, einschl. Freiheitsglocke
- alte Bundesländer 45,00 €
- ab 01.01.2013**
- **neue Bundesländer** 45,00 €
- Ehepartner 15,00 €
- Aufnahmegebühr Mitglieder 2,60 €
- Abonnement 24,00 €

Internetseiten der VOS und Links unter

www.vos-ev.de

VOS u. BSV Sachsen-Anhalt siehe vos-ev.de

Die nächste Ausgabe (723) erscheint im Januar 2013

Redaktionsschluss der FG-Ausgabe 722: 14. Dezember 2012